

Kommunalpolitische Leitlinien der SPD Rosbach/Rodheim

für die Jahre 2011-2015



1. Vorwort

In den letzten Jahren hat die SPD Rosbach/Rodheim vieles für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rosbach erreicht. So wurden unter anderem

- einige neue Baugebiete erschlossen und erfolgreich vermarktet,
- das Feldpreulareal mit diversen Einkaufsmöglichkeiten und dem AGO-Seniorenzentrum zum einem neuen Mittelpunkt der Stadtteile Ober- und Nieder-Rosbach ausgebaut,
- der Bau des Sportzentrums Rodheim sowie des Kinderhauses Bergstraße in die Wege geleitet sowie
- die Sanierung der Wasserburg beschlossen.

Ferner steht der Baubeginn der Ortsumgehung Nieder Rosbach kurz bevor und wird noch in der laufenden Legislaturperiode starten.

Alle oben zusammengestellten Maßnahmen haben die Attraktivität unserer Kommune erhöht und zu einem Zuzug vor allem von jungen Familien geführt. So ist die Stadt Rosbach im Gegensatz zu den meisten anderen Städten und Gemeinden im Wetteraukreis auch weiterhin eine Wachstumsgemeinde mit einer deutlich überdurchschnittlichen Anzahl von Familien mit Kindern.

Die SPD möchte den erfolgreichen Kurs der letzten Jahre fortsetzen und setzt dabei eine Reihe von kommunalpolitischen Schwerpunkten. Hierzu gehören

- die kommunalpolitische Arbeit für Kinder und Jugendliche,
- die Lösung infrastruktureller Herausforderungen im Bezug auf Mobilität und vernetztes Arbeiten sowie
- die Lösung der energiepolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf kommunaler Ebene.

Die damit verbundenen Herausforderungen werden in den folgenden Kapiteln zusammengestellt und die Lösungsansätze der SPD Rosbach/Rodheim formuliert.

Übergeordnetes Ziel ist es, die Lebensqualität in Rosbach weiter zu verbessern und die Attraktivität der Stadt für bereits hier Lebende und Neubürger zu erhöhen.

2. Bildung und Jugendarbeit

2.1. Frühkindliche Bildung

Herausforderung

Die ersten Lebensjahre und vor allem die Zeit zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr eines Kindes sind die Jahre, in denen die entscheidenden Weichen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie gestellt werden können. So zeigen neue Erkenntnisse, dass es „Lernzeitfenster“ für ein „optimales Lernen“ gibt, die es insbesondere im Kindergartenalter zu nutzen gilt. Eine auf die ersten Lebensjahre angepasste „frühkindliche Bildung“ kann zudem einen wichtigen Beitrag dazu leisten, soziale Ausgrenzung zu verhindern und die Zukunftschancen von Kindern zu verbessern.

Investition in Bildung und vor allem in die frühkindliche Bildung sind wichtige Voraussetzungen für die weitere Entwicklung unserer Gemeinde. Ein höherer Bildungsstandard sorgt dafür, dass die Gesellschaft für die Anforderungen der modernen Lebens- und Arbeitswelt gerüstet ist. Außerdem besteht bereits heute ein zunehmender Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften, der nur durch ein höheres Engagement im Bildungsbereich auch in Zukunft gedeckt werden kann.

Fazit für die SPD Rosbach/Rodheim

Die SPD setzt sich daher für frühkindliche Bildung ein, um folgende Ziele zu erreichen:

- Chancengleichheit durch den Ausgleich von Nachteilen durch ganzheitliche Förderung
- Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten durch Hörerziehung und Gesprächserziehung
- Verbesserung des Verständnisses für naturwissenschaftliche Zusammenhänge durch spielerisches Lernen

Diese Ziele sollen u. A. durch die folgenden Maßnahmen erreicht werden:

- Unterstützung des Engagements von Erzieherinnen und Erziehern sowie Ausbau des Weiterbildungsangebotes
- Anpassung von Strukturen zur Unterstützung frühen Lernens z.B. durch Verringerung von Gruppengrößen und bessere personelle Ausstattung
- Einführung von Supervision zur Unterstützung der Zusammenarbeit
- Ausbau der Bewegungserziehung zur Vermeidung oder Abmilderung von Rechenschwächen oder Lese-Rechtschreibschwächen
- Angebot der Grundlagen des Lesen-Lernens

Bei der Ausgestaltung und Umsetzung eines pädagogischen Konzeptes sind die Eltern in jeder Stufe einzubeziehen.

Ein Erziehungsgehalt zur alleinigen Förderung von Kindern im häuslichen Umfeld lehnt die SPD jedoch ab, da dieses keinen pädagogischen Mehrwert hat. Vielmehr sollte dieses Geld für eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung eingesetzt werden.

Die SPD Rosbach setzt sich auf überregionaler Ebene für eine bessere Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ein. Zudem wird sie die Ausbildung und Förderung von Tagesmüttern und ehrenamtlicher Betreuer unterstützen.

2.2. Arbeit mit Jugendlichen

Herausforderung

Die Jugendarbeit ist ein Schwerpunkt freiwilliger kommunaler Aufgaben. Sie ist neben der Bildung und Erziehung im Elternhaus, Kindergarten oder Schule und beruflicher Ausbildung ein weiteres wichtiges, ergänzendes Angebot in der Freizeit der Jugendlichen.

Ziel von Jugendarbeit ist es, zur Persönlichkeitsbildung junger Menschen beizutragen und in schwierigen Entwicklungsphasen positive Angebote bereit zu halten. Jugendarbeit soll an den Interessen der jungen Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden. Junge Menschen sollen zur Selbstbestimmung befähigt und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement angeregt werden.

Die Jugendarbeit wendet sich grundsätzlich an alle Jugendlichen unter 21 Jahren und nicht in erster Linie an so genannte „Problemgruppen“.

Fazit für die SPD Rosbach/Rodheim

Die augenblicklich von der Stadt Rosbach finanzierte Jugendarbeit muss personell verstärkt werden, um den nicht in Vereinen engagierten Jugendlichen ein umfassenderes Angebot machen zu können. Die Jugendzentren sind hierfür in ihrem Bestand zu sichern.

Den Vereinen muss auch in Zukunft die Möglichkeit gegeben werden, in städtischen Räumlichkeiten ihr spezifisches Angebot den Jugendlichen zu unterbreiten.

Auch die „aufsuchende“ Jugendarbeit muss zukünftig durch den Einsatz von so genannten ‚Streetworkern‘ unterstützt werden, da diese aktiv auf Jugendliche zugehen und dadurch ein besseres Verständnis für die Belange junger Mitbürger erhalten können.

Interkommunale Kooperationen mit anderen Gemeinden sowie eine Zusammenarbeit mit den Kirchen sind zu prüfen.

2.3. Schulische Angebote und Ganztagschulen

Herausforderung

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Familienstrukturen in Deutschland sowie die traditionelle Rollenverteilung in weiten Teilen der Gesellschaft geändert. Die

Anforderungen an den Einzelnen bezüglich seiner Lebensorganisation und der beruflichen Qualifikation steigen beständig.

Die Berufstätigkeit beider Elternteile sowie die gestiegenen Erwartungen an Qualifikation und Förderung der Kinder müssen schulische Angebote verändern. Zudem bedingt die Forderung nach Vereinbarkeit von Schule und Beruf umfassendere Betreuungszeiten und Unterstützung bei der Erziehung der Kinder.

Die Bildungsqualität steht vor neuen Herausforderungen. Individuelle Förderung durch bessere Differenzierung, mehr exemplarisches Lernen vor dem Hintergrund immer schneller anwachsenden Wissens und gleichzeitiges Entrümpeln von überfrachteten Lehrplänen stehen genauso auf der Agenda wie die Unterstützung des Lehrpersonals bei immer häufiger auftretenden sozialen und emotionalen Problemen der Kinder im Erziehungsalltag.

Nach einer repräsentativen Umfrage des Emnid-Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung¹ plädierten unter über 1500 Befragten im Jahr 2008 mehr als drei Viertel (78 Prozent) dafür, dass das Angebot an Ganztagschulen ausgebaut werden soll. Darüber hinaus sprachen sich 2009 in einer Umfrage des Bildungsbarometers, die vom Zentrum für empirische pädagogische Forschung der Universität in Landau durchgeführt wurde, 53 Prozent der Befragten dafür aus, dass die Ganztagschule künftig die alleinige Schulform werden sollte. Bereits bei früheren Umfragen (Infratest dimap 2004, Forsa 2003) war die Zustimmung ähnlich hoch.

Fazit für die SPD Rosbach/Rodheim

In den Rosbacher und Rodheimer Grundschulen sowie in der Erich-Kästner-Schule in Rodheim soll in enger Zusammenarbeit mit Elternverbänden und dem Schulträger das Ganztagsangebot nachhaltig ausgebaut und erweitert werden. Mittelfristiges Ziel ist es, dass jeder Schüler und jede Schülerin in Rosbach eine qualifizierte Ganztagschule besuchen kann.

Qualifizierte Ganztagsschulangebote benötigen neue, integrierte pädagogische Konzepte seitens des Kultusministeriums, des Sozialministeriums und der Schulen vor Ort. Diese sind nicht nur umzusetzen, sondern auch ständig weiterzuentwickeln. Zudem sind zusätzliche Betreuungsangebote vor und nach der Schule erforderlich, bei denen die Arbeitszeiten von Eltern zu berücksichtigen sind.

Die Erich-Kästner-Schule soll dem entsprechend in eine qualifizierte Ganztagschule überführt werden. Das längere gemeinsame Lernen in dieser Schule bis einschließlich Klasse 6 wird von der SPD ausdrücklich begrüßt, da Kinder so Lern- und Entwicklungschancen nachweislich besser wahrnehmen können. Der Bau einer Mensa stellt zudem die Versorgung der Kinder mit einem warmen Mittagessen sicher. Die SPD setzt sich dabei für eine qualitativ hochwertige Versorgung ein, wobei finanziell schwache Familien hier durch Gelder einer Landesstiftung unterstützt werden sollen.

In einem nächsten Schritt soll auch die Kapersburgschule den Antrag auf eine qualifizierte Ganztagschule stellen. Zur Erreichung dieses Ziels ist eine enge

¹ Vgl. u.A. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1486/umfrage/ganztagschule---schulreform/>

Zusammenarbeit der Stadt mit den Eltern, dem Kollegium, dem Betreuungsverein, dem Kreis und dem Land notwendig, der von der SPD nachhaltig unterstützt werden soll.

Die SPD fordert zudem die Unterstützung durch Schulsozialarbeit, um Konflikte oder Integrationsprobleme in allen Rosbacher Schulen besser lösen zu können.

3. Mobilität und Infrastruktur

Herausforderung

Im Rhein-Main-Gebiet, einer der größten europäischen Mobilitätsdrehscheiben, sind der Individualverkehr und der öffentliche Verkehr zu einer komplexen Verkehrsinfrastruktur verwoben. Diese Infrastruktur hat die Region zu einem der wettbewerbsfähigsten Standorte für Unternehmensansiedlungen gemacht - ist aber auch eine ständige Herausforderung für die Planer.

In der Vergangenheit wurde häufig nur einseitig auf den Straßenbau gesetzt. Nur die Mischung aus einem attraktiven ÖPNV, leistungsfähigen Straßen sowie einem gut vernetzten Radwegesystem sichert Mobilität und Flexibilität der Bewohner dieser Region.

Bei allen Planungen muss immer das gesamte Verkehrsaufkommen - Schiene und Straße - im Wetteraukreis und in der Region im Blick behalten werden. Die Verkehrsprobleme eines Landkreises, der inmitten einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas gelegen ist, sind nur in den Griff zu bekommen, wenn ein leistungsfähiges System des Öffentlichen Personennahverkehrs und ein leistungsfähiges Straßennetz angeboten werden können. Dazu gehört auch, das vorhandene Radwegenetz weiter auszubauen.

Fazit für die SPD Rosbach/Rodheim

Die SPD Rosbach setzt sich dafür ein, dass das von der Stadt finanziell unterstützte Nachttaxi in den überörtlichen Abend- und Nachtbusverkehr integriert wird. Die zügige Umsetzung der Südumgehung für Nieder-Rosbach mit der Verknüpfung an die B455 und in das geplante Baugebiet „Sang“ ist das wichtigste Ziel im Straßenbaubereich.

Die Bemühungen um den vollen Ausbau der BAB-Anschlussstelle Friedberg sowie die Verbreiterung der Autobahnbrücke werden unterstützt. Die Verbindung des Radwegenetzes zu dem des Hochtaunuskreises wird vorangetrieben.

Die dringend benötigte Radwegeverbindung nach Friedberg parallel zur B455 wird weiterhin nachhaltig gefordert. Ferner wird eine weitere Verbesserung der Bahnverbindungen von und nach Rosbach angestrebt; hierzu sollen Gespräche mit der Deutschen Bahn AG aufgenommen werden.

Langfristig müssen und wollen wir dafür sorgen, dass lange Anfahrtswege zum Arbeitsplatz verkürzt oder vermieden werden. Dies kann wie folgt erreicht werden:

- Förderung der Ansiedlung von Gewerbeunternehmen; dies würde gleichzeitig die Gewerbesteuerereinnahmensituation verbessern, die neben Teilen der Einkommenssteuer einen wichtigen Grundpfeiler der Rosbacher Gemeindefinanzierung darstellt
- Förderung des Ausbaus des Breitbandinternets; dies ermöglicht eine weitere Dezentralisierung von Arbeit und bietet Unternehmen die Möglichkeit, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

4. Umweltschutz

Herausforderung

Wir befinden uns in einer weitreichenden Umbruchsituation, in der sich Länder mit ihrem Verbrauchsverhalten neu positionieren und offen für neue Entwicklungen sein müssen.

Der Verbrauch fossiler Rohstoffe wird sich in den nächsten Jahren zunehmend verändern. Öl und Gas werden mittel- bis langfristig deutlich teurer werden. Durch die Ausbeutung der Lagerstätten wird Öl nicht mehr für den Endverbraucher, sondern nur noch für die Industrie zur Verfügung stehen. Doch auch diese wird sich nach Ersatzstoffen für die Herstellung z.B. von Kosmetika oder Kunststoffen umsehen müssen. Gas muss aus anderen Ländern importiert werden und bedingt eine politische Abhängigkeit von Staaten, deren Gesellschaftssystem instabil ist. Uran ist neben seiner Gefährlichkeit und der ungelösten Frage der Endlagerung mit seinem Vorkommen in ca. 20 Jahren erschöpft. Wasser als kostbare Ressource wird in den nächsten Jahren bei zunehmender Trockenheit und den Auswirkungen des Klimawandels ebenfalls knapper werden. Die Qualität wird sich durch weiteren Eintrag chemischer Substanzen verschlechtern. Diese Faktoren werden zu einer stark veränderten gesellschaftlichen Realität führen.

Dem muss die Politik Rechnung tragen, um Verteilungskämpfe, Ungerechtigkeiten, Mitnahmeeffekte oder Entwicklungen in falsche Richtungen vorzubeugen.

Es gibt bereits eine Vielzahl einfacher Ansätze zur Lösung der oben genannten Probleme, die gut angewendet werden können und bereits heute sehr verbreitet sind. Komplexere Lösungen scheinen bei den derzeit noch niedrigen Energiekosten wirtschaftlich unrentabel, da sie bisweilen kurzfristig realisierbare Gewinne schmälern oder oftmals nicht finanzierbar erscheinen. Daher setzen viele Unternehmen und Privatpersonen häufig lieber auf bereits wirtschaftlich abgeschriebene und damit gewinnträchtige alte Techniken, als in Zukunftstechnologien zu investieren. Erschwerend kommt hinzu, dass Politiker oftmals zu schwerfällig und ehrenamtliche Bürgervertreter häufig zu zögerlich in Ihren Entscheidungen hin zu langfristig rentablen und ökologisch sinnvollen Maßnahmen sind und in vielen Fällen zu stark auf die nächsten Wahltermine schauen.

Fazit für die SPD Rosbach/Rodheim

Die SPD in Rosbach beobachtet, diskutiert und unterstützt alle Richtungen der alternativen Energienutzung und der Ressourcenschonung. Sie ist offen für neue Techniken und wird in der politischen Arbeit die erworbenen Kenntnisse umsetzen.

Energieeffizienz

Alle kommunalen Gebäude müssen nach den bisherigen Kenntnissen über Wärmedämmung und kontrollierte Be- und Entlüftung nachgerüstet oder nach diesen Maßgaben gebaut werden. Somit wird der Energieverbrauch auf ein heute mögliches Mindestmaß reduziert und die Folgekosten für den weiter ansteigenden Energiepreis werden minimiert. Zudem wird die (messbare) Luftqualität sich positiv auf die Nutzer der Gebäude auswirken. Für diese Projekte werden im Contracting Firmen gesucht, die

die Arbeiten ausführen, bezahlen und durch die Energieeinsparungskosten die finanziellen Aufwände abgezahlt bekommen. Sollte sich der Bau von Blockheizkraftwerken für Nahwärmenetze oder die Beheizung öffentlicher Gebäude durch Holzhackschnitzel oder Pellets anbieten, wird die SPD den Bau und die evtl. Finanzierung durch Contracting unterstützen.

Die Einspeisung von Biogas ins öffentliche Gasnetz wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die Vor-Ort-Nutzung durch Betrieb eines BHKW (Blockheizkraftwerkes) mit Nutzung von Wärme und Einspeisung von Strom wird je nach Projekt geprüft und – falls möglich – nachhaltig unterstützt.

Der Einbau von intelligenten Stromzählern (Smart Meters) zur effizienteren Stromnutzung sowie zur Realisierung virtueller Kraftwerke (Smart Grids) unter Einbeziehung von lokalen Solaranlagen, Blockheizkraftwerken und effizienten Stromspeichern wird begrüßt. Es ist jedoch zu gewährleisten, dass mit den daraus resultierenden Daten kein Missbrauch betrieben wird.

Jede alternative private Baumaßnahme (Passivhaus, EnergiePlus-Haus) wird begrüßt.

Nutzung von Sonnenenergie

Die Einspeisung oder Selbstnutzung von Strom aus Photovoltaikanlagen unterstützt die regionale Stromherstellung.

Die städtebauliche Planung wird daher darauf angepasst, dass für den größten Teil der Neubauten der Stadt Rosbach durch eine Nord/Süd-Firstrichtung eine Sonnennutzung realisiert werden kann. Warmwasserbereitung, Heizungsunterstützung oder Wärmespeicherung in Wassertanks (Sonnenhaus) ist somit möglich und wird ausdrücklich gewünscht.

Sicherung der eigenen Wassergewinnung

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung für die Rosbacher Bevölkerung werden nachhaltig unterstützt.

Der Neubau des Hochbehälters in Rodheim und die Sicherung der Quelle in Rodheim gehören zu den wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren.

Ziel ist es, dass das Rosbacher Wasser auch weiterhin durch die Stadtwerke und nicht durch externe Wasserversorger angeboten werden kann.

Hochwasserschutz

Die SPD möchte die erfolgreich umgesetzten Maßnahmen zum Hochwasserschutz wie die weitere Renaturierung von Bachläufen und die Vernässung des Waldbodens durch überschüssiges Regenwasser fortsetzen.

5. Finanzielle Entwicklungsperspektiven der Stadt Rosbach

Herausforderung

In den letzten Jahren wurden mit Unterstützung der SPD diverse Baugebiete erschlossen und das Altenbetreuungszentrum Feldpreul gebaut. Weitere Großprojekte der Stadt sind mit maßgeblicher Unterstützung der SPD beschlossen worden und sollen konsequent und zeitnah umgesetzt werden. Diese sind

- die Errichtung Sportzentrum Rodheim,
- der Bau des Kinderhauses Bergstraße,
- die Sanierung der Wasserburg in Nieder-Rosbach sowie
- der Bau der Südumgehung Rosbach.

Die Realisierung dieser Projekte führt zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldung der Stadt.

Fazit für die SPD Rosbach/Rodheim

Die SPD Rosbach/Rodheim trägt den Anstieg der Schulden mit.

Die bisherigen und diese Investitionen erhöhen nach Ansicht der SPD die langfristigen Entwicklungsperspektiven der Stadt, weil Rosbach durch die damit verbundenen Investitionen für Familien und junge berufstätige Menschen im Einzugsbereich von Frankfurt und in der Lage der westlichen Wetterau sehr attraktiv werden kann. Dies fördert auch die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe.

Damit die finanziellen Spielräume der Stadt nicht dauerhaft eingeschränkt werden, setzt sich die SPD für einen finanziellen Konsolidierungskurs ein. Aufgrund der Wichtigkeit soll dieser mit dem Haushaltsjahr 2010 und damit schon vor der nächsten Legislaturperiode beginnen. Zudem werden Verbesserungen der Einnahmesituation durch

- Ansiedlung von Familien Menschen durch Ausweisung von neuen Wohngebieten
- Weiterentwicklung von Gewerbegebieten

Der Konsolidierungskurs wird mit einer Überprüfung von Ausgaben im Ergebnis – und Investitionshaushalt beginnen. Ferner möchte die SPD Rosbach/Rodheim durch die Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinaus Verwaltungskosten senken.

Überregional setzt sich die SPD Rosbach für eine Gemeindefinanzreform ein.